



Siegeszug des Strandkorbs began in Warnemünde

WARNEMÜNDE In der Liste kurioser Feiertage taucht für heute der Tag des Strandkorbs auf. Das Datum geht auf den 15. Juni 1882 zurück. Damals soll der Überlieferung nach Hofkorbmacher Ludolph Wilhelm Eduard Bartelmann (1845 – 1930) den ersten Strandkorb an der Ostsee in Warnemünde aufgestellt haben. Von Rheuma geplagt, wollte eine Dame nicht auf das Meer verzichten und beauftragte den Rostocker Korbmacher mit einer Sitzgelegenheit für den Strand. So kreierte er den ersten Weiden-Strandstuhl.

Foto: image images

Zwei Drittel halten Regierung für „gesteuert“

BERLIN In Deutschland glauben einer Umfrage zufolge fast zwei Drittel der Menschen (61,6 Prozent), dass die Bundesregierung weitgehend durch einige große Interessengruppen gesteuert wird. Mehr als jeder dritte Befragte (38,5 Prozent) findet zudem, dass die Bundesregierung Korruption schlecht oder sehr schlecht bekämpft. Das sind Ergebnisse des gestern in Berlin vorgestellten „Global Corruption Barometer“ der Antikorruptionsorganisation Transparency International. Demnach haben zwar knapp vier von fünf Bürgern grundsätzlich Vertrauen in die Bundesregierung. Gleichzeitig halten aber ein Drittel „Korruption innerhalb der Bundesregierung für ein Problem“.

epd

Naturschutz bremst Öko-Strom aus

Aufbau von Offshore-Windparks in der Ostsee kommt wieder in Gang / Pegel: sechs neue Windfelder auf See

Torsten Roth

Frischer Wind für Öko-Kraftwerke auf See: Nach jahrelangem Ausbaustopp beginnen Windmüller an der Ostseeküste vor MV wieder mit dem Bau neuer Offshore-Parks. Im zweiten Halbjahr werde für den neuen Park Baltic Eagle nordöstlich vor Rügen mit einer Leistung von 476 Megawatt mit den Bauvorbereitungen begonnen, kündigte Iris Stempfle, Deutschlandchefin für das Ökostromgeschäft des spanischen Energiekonzerns Iberdrola, gestern bei einem Treffen des Firmennetzwerkes WindenergyNetwork in Rostock an. 2023 würden die Fundamente gesetzt, 2024 solle der Park ans Netz gehen. Dafür werde in Sassnitz auf Rügen der Anlagenservice ausge-

baut und neue Mitarbeiter eingestellt. Iberdrola hatte 2017 mit dem Wikinger-Park vor Rügen sein erstes Windfeld ans Netz gebracht.

Mit dem Projekt kommt der Aufbau von Offshore-Windparks vor MV langsam wieder in Gang. Nach der vor Jahren überraschenden Kürzung des deutschen Offshore-Ausbauziels von einst 25 auf 15 Gigawatt, der von privaten Projektentwicklern auf den Bund gewechselten Planung neuer Windgebiete und der Änderung der Projektmodalitäten, war der Ausbau auf See in den letzten Jahren zum Erliegen gekommen. „Ein Fadenriss“, meinte Andree Iffländer, Chef des WindenergyNetwork. Offshore-Ausbau gleich null: Das könne die Industrie nicht ausgleichen. Durch den Wechsel seien Investoren „kalt enteignet wor-

„Der Artenschutz wird häufig missbraucht, um Ausbauflächen zu blockieren.“

Andree Iffländer
WindenergyNetwork MV

den“. Iffländer: „Auf dem Markt ist die Reset-Taste gedrückt worden.“ In der Folge habe die Branche einen großen Teil der 25 000 Jobs verloren. Deutschland sei 2020 mit einem Anteil am Zubau von 1,7 Prozent 2020 international in der Bedeutungslosigkeit versunken, so Iffländer. Ohne weitere Ausbauflächen werde die Energiewende nicht gelingen. Nach der Stromwende müsse auch für die Wärmeversorgung und Mobilität erneuerbare Ener-

gie eingesetzt werden. Iffländer: „Wir müssen die Energiewende zu Ende denken.“

Der Flächenbedarf ruft Konflikte hervor: In der Ostsee vor der MV-Küste könnten neben den bisher elf ange-schlossen oder in Planung befindlichen Offshore-Parks weitere vier bis sechs entstehen, sagte Energieminister Christian Pegel (SPD). Bislang sei Deutschland hinter seinen Möglichkeiten geblieben. Pegel wies Kritik des Landesverbandes erneuerbare Energien (LEE) zurück, wonach der Landespolitiker und im Besonderen der Ministerpräsidentin für den Ausbau der Windkraft an Land das Bewusstsein fehle, dass die Energiewende und Klimaschutz nur mit einem Ausbau der erneuerbaren Energien gelingen könne. MV erzeuge bereits erheblich mehr Strom als es verbrauche

– 190 Prozent des Eigenbedarfs, sagte Pegel. Das Land sei vom Import zum Exporteur geworden. „Wir haben nie aufgehört, die erneuerbaren Energien auszubauen.“

Allerdings sei für viele Projekte der Natur- und Artenschutz die größte Hürde. Der Bund müsse helfen, die Genehmigungsverfahren zu vereinfachen, forderte Pegel: „Arten-, Gewässer- und Naturschutz kann am besten gelingen, wenn der Klimawandel nicht weiter voranschreitet.“ Bislang werde aber „häufig der Artenschutz missbraucht, um Ausbauflächen zu blockieren“, fügte Iffländer hinzu. Derzeit gebe es 45 entsprechende Klagen. Dabei stünden bereits jetzt 45 Prozent der Flächen in der Ostsee unter Schutz. Weitere dürften nicht hinzukommen, forderte Iffländer.

Ost-Unternehmen schmieden Allianz

GREIFSWALD Die ostdeutsche Wirtschaft will sich in der Bundespolitik mehr Gehör verschaffen: Die Unternehmerverbände der neuen Länder haben gestern bei einem Spitzentreffen in Heringsdorf auf der Insel Usedom vereinbart, künftig gemeinsam mit den Wirtschaftsministerien der Ost-Länder und dem Ost-Bbeauftragten der Bundesregierung Entwicklungsstrategien für die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu entwickeln und die Interessen der Unternehmen zwischen Ostseeküste und Thüringer

Wald in Berlin besser durchzusetzen. Dazu solle ein gemeinsames Arbeitsgremium gebildet werden. „Ostdeutsche Wirtschaftsthemen brauchen bundespolitisch eine stärker Stimme und Gewicht“, sagte Gerold Jürgens, Präsident des Unternehmerverbandes Vorpommern und Sprecher der Interessengemeinschaft der Ost-Unternehmerverbände. Die Ost-Verbände in den neuen Ländern mit ihren etwa 20 000 Mitgliedsfirmen stünden alle vor ähnlichen Herausforderungen, erklärte Burkhard Greiff, Präsident des Unternehmerverbandes Branden-

burg. Die zumeist kleinen und mittelständischen Unternehmen würden wenig Eigenkapital besitzen, hätten traditionell ihre Märkte im Osten und stünden vor einem gravierenden Fachkräftemangel.

Jeder kenne die starken Allianzen von Hessen, Baden-Württemberg und Bayern im Süden oder Hamburg, Niedersachsen und Bremen im Norden, sagte Mecklenburg-Vorpommerns-Wirtschaftsstaatssekretär Stefan Rudolph: „Wenn wir uns jetzt ebenfalls organisieren, lassen wir uns nicht den Stempel Jammer-Ossis aufdrücken.“ CDU-Bundestagsabgeord-

nete Philipp Amthor betonte, dass es in Deutschland längst nicht mehr an Investitionen mangle. Das Problem seien vielmehr die langen Genehmigungsverfahren. In den Ländern müssten solche Strukturen geschaffen werden, dass nicht 30 Jahre vergehen zwischen dem Antrag beim Bund und dem Baubeginn.

Unterstützung auch beim Ost-Bbeauftragten der Bundesregierung Marco Wanderwitz. Die Wirtschaft im Osten habe noch immer Probleme. Den Unternehmen fehle z. B. Geld für Forschung und Entwicklung.

roth

Scholz: Aufbruch Ost statt Nachbau West

BAD SAAROW Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat einen neuen Aufbruch für Ostdeutschland angemahnt. Noch immer fühlten sich viele Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse, sagte Scholz gestern beim Ostdeutschen Wirtschaftsforum im brandenburgischen Bad Saarow.

Er verwies auf Unterschiede bei Einkommen, Vermögen und Erbschaften sowie fehlende Konzernzentralen und Forschungseinrichtungen. „Das ist kein guter Zustand für unsere Gesell-

schaft und zwar für Deutschland insgesamt.“ Der bisherige Aufbau Ost sei im Wesentlichen ein Nachbau West gewesen. „Aber wer immer nur nachbaut, kann nie Erster sein.“ Ziel müsse sein, auf Zukunftsfeldern mehr neue Technologien im Osten anzusiedeln. So entstünden nicht nur neue Unternehmen, sondern auch gut bezahlte Arbeitsplätze. Beim Thema Mobilität verwies er etwa auf den Bau der Tesla-Fabrik in Brandenburg und das Elektroauto-Werk von VW in Zwickau.

dpa